

Es informiert Sie	Erika Wawersig
Telefon (0202)	563 2435
Fax (0202)	563 8111
E-Mail	Erika.Wawersig@stadt.wuppertal.de
Datum	15.10.2007

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Elberfeld (SI/5648/07) am 10.10.2007

Anwesend sind unter dem Vorsitz von Bezirksvorsteher Hans Jürgen Vitenius

von der CDU-Fraktion

Herr Stefan Kleusch, Frau Andrea Knorr, Herr Joachim Knorr, Herr Karl-Heinz Kriegelstein,

von der SPD-Fraktion

Frau Karin Ernst, Herr Stv. Thomas Kring, Frau Ursula Kring, Herr René Schunck,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Dieter Lüdemann, Frau Stv. Gerta Siller,

von der FDP

Herr Dirk-Henrik Hülper,

von der Fraktion DIE LINKE

Herr Cemal Agir,

als Vertreterin des Oberbürgermeisters

Frau Marlis Drevermann,

als Vertreter des Bezirksjugendrates

Herr Adam Budde,

als beratendes Mitglied

Herr Stv. Zielezinski,

von der Polizei

Herr Fuhrmeister,

von der Presse

Herr Seitz – WR,

von der Verwaltung

Frau Ackermann – R Soziales, Frau Wolthoff – R Kinder, Jugend und Familie, Herr Seidel – R Straßen und Verkehr, Herr Walter – R Bauen und Wohnen.

Nicht anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Hans-Peter Degen, Herr Franz-Josef Kirch,

von der SPD-Fraktion

Herr Jörg-Henning Schwerdt,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Dirk Wallraf,

von der WfW-Fraktion

Herr Ralf Michael Erich Streuf.

Schriftführerin:

Erika Wawersig

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:15 Uhr

Der **Bezirksvorsteher** erklärt, dass der Antrag des Bürgervereins der Elberfelder Südstadt zur Gewährung freier Mittel noch nicht vorliege und daher auf die nächste Sitzung vertagt werden müsse.

Als neuen Punkt 13.1 bittet er den Antrag der SPD-Fraktion auf Bezuschussung der Toilettenanlage auf dem Schusterplatz zu behandeln.

Die **BV** ist mit den Änderungen einverstanden.

Öffentliche Sitzung

1

Bezirksjugendrat

Herr Budde berichtet, dass der BJR am 27.10. an einem Stand vor den City-Arkaden über die Arbeit des BJR informieren wolle. Es sollten Flyer und Fragebögen an Jugendliche verteilt werden. Außerdem denke man über eine Kooperation mit Schülerververtretungen sowie mit den Bezirksjugendräten in Solingen und Remscheid nach.

Der **Bezirksvorsteher** stellt fest, dass es in Solingen einen Stadtjugendrat gebe, der mehr Einfluss und Möglichkeiten habe. Aber man habe sich in Wuppertal ganz bewusst für die Bezirksjugendräte entschieden, um die Nähe zu den Jugendlichen und bezirklicher Politik sicherzustellen. Er bittet, den Fragebogen auch der BV zur Verfügung zu stellen.

2

Alkoholgenuss auf Kinderspielplätzen

Frau Ackermann führt aus, dass nach der Beschwerde über die Zustände am und auf dem Kinderspielplatz Bandstraße Polizei, Ordnungsamt, Bezirkssozialdienst und der Stadtteilservice eingeschaltet worden seien. Es habe verstärkte Kontrollen gegeben, wobei jedoch deutlich gesagt werden müsse, dass der Alkoholgenuss in der Öffentlichkeit ja nicht verboten sei und die Ordnungsbehörden lediglich bei Ordnungswidrigkeiten einschreiten könnten. Hinsichtlich der Zustände am Platz der Republik sei die Situation ähnlich, wenn auch nicht ganz vergleichbar, weil es hier mehr um die Grünanlage gehe und nicht um den eigentlichen Kinderspielplatz. Das Ressort Grünflächen und Forsten werde den Grünbewuchs deutlich zurückschneiden, um versteckt liegende Ecken einsehbar zu machen. Der Kommunale Ordnungsdienst, der personell verstärkt werde, habe erweiterte Kontrollen auch in den Abendstunden zugesagt.

Die **SPD-Fraktion** stellt einleitend fest, dass Alkoholgenuss in der Öffentlichkeit nicht als gesellschaftsschädlich bezeichnet werden könne. Allerdings müsse auch klar gesagt werden, dass wegen der großen Bevölkerungsdichte und dem damit verbundenen geringen Freiraum für Kinder und Jugendliche Alkohol trinkende Mitbürger auf Kinderspielplätzen nicht akzeptabel seien. Kinder sollten mit diesem Problem nicht konfrontiert werden.

Daher möchte sie wissen, welche rechtlichen Möglichkeiten es gebe, durch Satzung o.ä. Alkoholgenuss auf Kinderspielplätzen zu unterbinden.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** unterstützt die SPD-Fraktion in dieser Aussage.

Auch für **Herrn Hülper** muss es möglich sein, dem Kommunalen Ordnungsdienst eine rechtliche Handhabe zum Einschreiten zu geben, etwa durch Änderung der Straßensatzung.

Der **Bezirksvorsteher** weist darauf hin, dass es in früheren Zeiten Hinweisschilder auf Kinderspielplätzen gegeben habe, dass die Plätze nur von Kindern und Jugendlichen benutzt werden können. Heute sehe man diese Schilder so gut wie gar nicht mehr.

Frau Wolthoff berichtet bezüglich der Schilder, dass es laut Jugendhilfeausschuss möglichst wenig Einschränkungen und Verbote auf Kinderspielplätzen geben solle. Außerdem gebe es zunehmend Mehrgenerationenplätze, die von Alt und Jung besucht werden sollten. Bei Neuplanungen von Kinderspielplätzen werde darauf geachtet, eine räumliche

Trennung einzelner Bereiche vorzunehmen, also insbesondere sinnvolle Abstände zwischen den Kleinkinderspielflächen und den allgemeinen Aufenthaltsbereichen zu beachten.

Herr Agir stellt fest, dass die Verunreinigung von Kinderspielplätzen und Grünanlagen beispielsweise auch durch Toilettenanlagen - wie auf dem Schusterplatz geplant - verhindert werden könne.

Für die **SPD-Fraktion** gibt es keine ultimativen Lösungen. Sinnvoll sei es, durch die Gestaltung von Plätzen Einfluss auf die Nutzung zu nehmen. Daher seien auch größere Plätze nicht so sehr das Problem, sondern eher kleinere, wo kaum eine Trennung der Nutzungsbereiche möglich sei.

Frau Ackermann meint, dass es sicherlich möglich sei, durch eine geänderte Straßensatzung Alkoholenuss auf Kinderspielplätzen zu verhindern; dies führe aber da zu Problemen, wo Plätze nicht eingezäunt seien und in Grünflächen übergehen würden. Sie wolle auch nicht verschweigen, dass es sich nicht nur um Alkohol trinkende Erwachsene, sondern teilweise auch um alkoholisierte Jugendliche handele, die auf diesen Plätzen anzutreffen seien. Hier würde aber sehr sensibel nach Vorgaben des Jugendschutzgesetzes eingegriffen. Hinsichtlich Nutzung öffentlicher Toiletten stellt sie fest, dass es leider auch Menschen gebe, die absolut beratungsresistent seien.

Herr Seidel weist darauf hin, dass die Zahl öffentlicher Toiletten eher noch reduziert werden solle. Von Werbepartnern betriebene Toiletten seien in Wuppertal vorerst nicht möglich, da die Stadt einen langfristigen Vertrag mit einem Werbepartner habe, der diese Toiletten nicht betreibe. Ansonsten gebe es keine finanziellen Möglichkeiten, Toiletten zu errichten.

Eine **Hauseigentümerin aus der Gartenstraße** meldet sich zu Wort und verweist auf ähnliche Zustände auf dem Kinderspielplatz Schlieperstraße und auf Alkohol trinkende Mitbürger an der Georg-Abeler-Treppe.

Abschließend bedanken sich **alle Fraktionen** bei Frau Ackermann für die bisher schon geleistete Arbeit.

3

**Bauleitplanverfahren - Steinbecker Meile -
(Flächennutzungsplanänderung Nr. 0005 - Steinbecker Meile -)
Behandlung der Stellungnahmen und Feststellungsbeschluss
Vorlage: VO/0706/07**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 10.10.2007:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung Nr. 0005 – Steinbecker Meile – erfasst einen Bereich wie in der Anlage 05 zeichnerisch dargestellt.
2. Die Flächennutzungsplanänderung Nr. 0005 – Steinbecker Meile – wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Begründung und Umweltbericht gemäß § 5 Abs. 5 BauGB in Verbindung mit § 2a BauGB sind beigefügt.
3. Die zur Flächennutzungsplanänderung Nr. 0005 – Steinbecker Meile – im Verfahren eingegangenen Stellungnahmen werden entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung, wie diese in der Anlage 02 dargelegt sind, behandelt.
4. Für den Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung Nr. 0005 –

Steinbecker Meile – wird der Beschluss des Rates der Stadt Wuppertal vom 13.11.2006 zur Flächennutzungsplanänderung durch den Ratsbeschluss zu dieser Drucksache ersetzt. Der Beschluss vom 13.11.2006 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

4 Bauleitplanverfahren Nr. 1108 - Steinbecker Meile / Tannenbergsstraße - (Bebauungsplan) - Satzungsbeschluss - Vorlage: VO/0700/07

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 10.10.2007:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1108 – Steinbecker Meile / Tannenbergsstraße – erfasst einen Bereich zwischen der Tannenbergsstraße im Osten, der Straße Steinbecker Meile im Süden, dem Grundstück Tannenbergsstraße 58 (Akzenta) im Norden sowie dem Parkplatz des Discounters und Getränkemarktes im Westen, wie in der Anlage 03 dargestellt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 1108 – Steinbecker Meile / Tannenbergsstraße – wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die Begründung ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB in Verbindung mit § 2a BauGB als Anlage 03 beigefügt. Das Bebauungsplanverfahren wurde im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wurde abgesehen; § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.
3. Die zum Bebauungsplan Nr. 1108 – Steinbecker Meile / Tannenbergsstraße – im Verfahren insgesamt eingegangenen Stellungnahmen werden entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung, wie diese in der Anlage 02 dargelegt sind, behandelt.
4. Es sind folgende planungsrechtlichen Festsetzungen und städtebaulichen Pläne aufzuheben: Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 958 vom 14.03.1994 und der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 1065 Ost vom 15.12.2003.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

5 Bauleitplanverfahren Nr. 779 und Nr. 780 - Bergisches Freizeitzentrum Lichtscheid - (Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplan) Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 24.11.1980 Vorlage: VO/0644/07

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 10.10.2007:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Aufstellungsbeschluss der Bauleitpläne Nr. 779 und Nr. 780 – Bergisches Freizeitzentrum Lichtscheid – vom 24.11.1980 wird hiermit aufgehoben.
2. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 779 liegt südlich der Lichtscheider Straße bis zu einer Tiefe von ca. 500 m, beginnend ab der Siedlung Kapellen und bis zum Lichtscheider Kreuz reichend, wie in der Anlage 01 kenntlich gemacht.
Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 780 liegt südlich der Lichtscheider Straße bis zu einer Tiefe von ca. 500 m und zwischen dem Dorner Weg sowie der Siedlung Kapellen, wie in der Anlage 02 kenntlich gemacht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

6 Marienstraße Halbachsiges Gehwegparken
Vorlage: VO/0730/07

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** regt an, das vor dem Haus Nr. 66 stehende Schild „Schülerlotsen“ um ca. 1 ½ Meter zu versetzen und dadurch einen weiteren Parkplatz zu gewinnen.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 10.10.2007:

Die Bezirksvertretung Elberfeld beschließt die Durchführung der Maßnahme mit einem Kostenrahmen von 13.000,- €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

7 Gartenstraße Verlängerung des halbachsigen Gehwegparkens
Vorlage: VO/0742/07

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 10.10.2007:

Die Bezirksvertretung Elberfeld beschließt die Durchführung der Maßnahme.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

8 Wertstoffcontainerstandort in der Luisenstraße
- Beschwerde im Sinne des § 24 GO NW

Der **Bezirksvorsteher** gibt einleitend eine kurze Zusammenfassung des zeitlichen Ablaufs zur Kenntnis.

Herr Füller – Anwohner – stellt die Gründe dar, die seiner Auffassung nach gegen den jetzigen Standort sprechen:

- Lärmbelästigung für die Anwohner
- Verschmutzung des Umfeldes
- Wegfall von Parkplätzen
- Beeinträchtigung des Altstadtflairs.

Die **SPD-Fraktion** führt aus, dass der alte Standort an der Kasinostraße wegen des benachbarten, attraktiv gestalteten Kasinogartens und weitaus schlechterer Reinigungsmöglichkeit des Standplatzes ihrer Meinung nach nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte. In der Luisenstraße gebe es genug Bewohnerparkplätze, die Auslastung sei bei weitem nicht erreicht. Außerdem könne in diesem Bereich der Luisenstraße nicht von Altstadtflair gesprochen werden.

Sie räumt ein, dass die Behälter keinen schönen Anblick bieten würden. Das täten sie aber an keiner Stelle und allen Recht machen könne man nun einmal nicht.

Sie fordert allerdings auch die bevorzugte Reinigung des neuen Standortes ein.

Die **CDU-Fraktion** stellt fest, dass sie sich bei dem damaligen Beschluss gegen eine Versetzung der Container ausgesprochen habe und betont zusätzlich, dass die Container an ihrem neuen Standort aber zumindest umgedreht werden müssten, weil die Öffnungen jetzt zur Fahrbahnseite ausgerichtet seien.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** gibt eine Klarstellung gegenüber der AWG ab. Ihr sei nicht bekannt gewesen, dass von Seiten der Verwaltung auf die Umstellung der Container gedrängt worden sei. Deshalb sei ihre Aussage in der Pressemitteilung, dass die AWG doch ohne weiteres die 14 Tage bis zur Sitzung habe abwarten können, falsch.

Sie bittet aber die AWG um Prüfung eines Standortes an der Kolpingstraße oder an der Kasinostraße / Ecke Friedrich-Ebert-Straße.

Der **Hausmeister des Hauses Friedrich-Ebert-Straße 49** erklärt, dass die Bewohner des Hauses durch Einwürfe zu falschen Zeiten belästigt würden.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 10.10.2007:

Die Bezirksvertretung lehnt die Beschwerde der Anwohner gegen den neuen Standort der Wertstoffcontainer an der Luisenstraße ab und bekräftigt ihren Beschluss vom 07.02.2007.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 5 Gegenstimmen (CDU und FDP) und 1 Enthaltung (Die Linke)

9 Wasserversorgung auf dem Laurentiusplatz

Herr Seidel erklärt, es treffe zu, dass die Wasserversorgung bei Veranstaltungen auf dem Laurentiusplatz z. Z. nicht sichergestellt sei. Die Stadt habe nach mehreren unberechtigten Wasserentnahmen aus der öffentlichen Toilettenanlage diesen Zugang verschlossen.

Die **SPD-Fraktion** stellt fest, dass es sich bei dem Laurentiusplatz um einen attraktiven Veranstaltungsort handele. Für alle Legalnutzungen sei der Wasseranschluss jetzt gesperrt. Ohne Wasseranschluss könne es aber keine Veranstaltungen auf diesem Platz geben. Daher müsse unbedingt eine Lösung gefunden werden.

Herr Seidel weist darauf hin, dass die Stadt dem Verein der Marktbetreiber angeboten habe, einen zusätzlichen Anschluss mit einer Wasseruhr zu errichten.

Herr Henkel – Vertreter des Vereins – erklärt, dass der Verein die Kosten in Höhe von 2.500 € übernehmen würde.

Herr Hülper hält es für wichtig, durch eine vertragliche Vereinbarung mit dem Wochenmarktverein sicherzustellen, dass auch langfristig jeder Veranstalter den Wasseranschluss nutzen könne.

Die **SPD-Fraktion** könnte sich in diesem Fall auch eine Beteiligung der BV an den Kosten vorstellen.

Der **Bezirksvorsteher** bekräftigt abschließend noch einmal die Notwendigkeit einer vertraglichen Vereinbarung.

10 Wegebenennung nach Wolfgang Abendroth

Die **SPD-Fraktion** schlägt als Kompromisslösung vor, die Brücke über die Straße Oberer Griffenberg nicht offiziell zu benennen, sondern eine Widmung durchzuführen und ein kleines Gedenkschild aufzustellen, für das die BV die Kosten übernehmen solle.

Herr Stv. Zielezinski weist auf das Beispiel der Mühlenbrücke in Barmen hin.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 10.10.2007:

Die Bezirksvertretung beschließt in Abänderung ihres Beschlusses vom 07.02.2007, die Brücke über die Straße Oberer Griffenberg Wolfgang Abendroth zu widmen und mit einem kleinen Gedenkschild zu versehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**11 Fällung von Einzelbäumen - Auslichtung von Grünflächen - Holzeinschläge in den Forsten - 2007/2008
Vorlage: VO/0738/07**

Die Bezirksvertretung nimmt die Vorlage ohne Beschluss entgegen.

**12 Änderung des Straßenverzeichnisses zur Straßenreinigungssatzung
Vorlage: VO/0764/07**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 10.10.2007:

Die Bezirksvertretung stimmt dem Vorschlag des ESW zur Änderung des Straßenverzeichnisses zur Straßenreinigungssatzung gem. Anlage zu und empfiehlt dem Rat der Stadt entsprechend zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**13 Freie Mittel
- Antrag Kita Rotznasen**

Die **Fraktionen von SPD und CDU** bedauern den Wegfall der Investitionskostenzuschüsse, stellen aber fest, dass dies alle Einrichtungen betreffen würde und die BV daher solche Anträge ablehnen müsse.

Herr Hülper sieht dies anders und meint, dass eine kleine Bezuschussung doch möglich sein müsse.

Der **Bezirksvorsteher** stellt fest, dass die BV keinen Präzedenzfall schaffen dürfe, da sie sich dann einer Flut von gleichlautenden Anträgen ausgesetzt sehen würde.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 10.10.2007:

Die Bezirksvertretung lehnt den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**13.1 Unterstützung einer Toilettenanlage auf dem neu gestalteten Schusterplatz
Vorlage: VO/0867/07**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 10.10.2007:

Die Bezirksvertretung unterstützt das beispielhafte BürgerInnenengagement zur Einrichtung einer Toilettenanlage auf dem Schusterplatz mit bis zu 3.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 1 Gegenstimme (FDP)

14 Berichte und Mitteilungen

1. Aktualisierung der Schnittstellenvereinbarung
- zur Durchsicht und Kenntnisnahme

Für die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** ist das Thema „Beschlussverfolgung“ nicht ausreichend behandelt. Sie bittet, einen Beschluss auf die November-Sitzung zu verschieben.

2. Baumpflanzung Düppeler Straße
- Information R Grünflächen und Forsten

Die **BV** ist mit Baumpflanzungen – wenn die Finanzierung gesichert ist – einverstanden.

3. Baumpflanzung Platz am Kolk
- Information R Grünflächen und Forsten

Die **SPD-Fraktion** möchte, dass die Planung trotz Wegfall von Parkplätzen weiter verfolgt wird und bittet die Verwaltung, einen entsprechenden Durchführungsbescheid vorzubereiten.

Die **CDU-Fraktion** bittet darüber hinaus, auch das bestehende Grün zu optimieren.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** spricht sich auch für die Pflanzung von Bäumen aus.

4. Veranstaltungskalender 2007
- Information R Straßen und Verkehr
5. Verkehrsinformation WSW

6. Stiftung der Sparda-Bank
- Information Kulturbüro
7. Umleitung während der Sanierungsmaßnahmen Brücke Tannenbergsstraße
- Information R Straßen und Verkehr
8. Einladung Bergischer Geschichtsverein
9. Baumaßnahme Robert-Daum-Platz
- Stellungnahme R Straßen und Verkehr
10. Der **Bezirksvorsteher** spricht den Zustand des Gehwegs an der Max-Horkheimer-Straße Richtung Fuhlrottstraße an. Dort im Bereich einer städt. Wiese sei der Gehweg total mit Gras überwachsen.
11. **Herr Thias – Bürgerverein Elberfelder Südstadt** – berichtet, dass der Aufzug an der Kluse nach kurzer Betriebsfähigkeit wieder kaputt sei. Er bittet die BV eindringlich, den Bürgerverein bei seiner Suche nach Alternativen zur Buslinie 628 zu unterstützen.

Der **Bezirksvorsteher** äußert das völlige Unverständnis der BV darüber, dass die WSW sich in diesem Punkt nicht bewegt und es keine Möglichkeit gibt, die Linie 620 einen kleinen Umweg fahren zu lassen.

Herr Stv. Kring

12. bemängelt, dass bei dem Umbau am Rommelspütt schwere Paletten auf dem Fallschutz des Spielpunktes gelagert worden seien. Der Fallschutz sei mit Sicherheit beschädigt.

Herr Lichteuchter – Bürgerverein Elberfelder Nordweststadt – erklärt, dass die Polizei dort eingegriffen habe und die Ordnung wieder einigermaßen hergestellt sei.

13. weist zum wiederholten Male auf das wilde Parken im Bereich des St.-Josef-Hospitals an der Bergstraße hin. Hier seien häufige Kontrollen unbedingt erforderlich.

15 Verabschiedung von Frau Beig. Drevermann

Der Bezirksvorsteher bedankt sich im Namen der BV für die gute Zusammenarbeit und wünscht Frau Drevermann alles Gute für ihre Arbeit in Hannover.

Hans Jürgen Vitenius
Bezirksvorsteher

Erika Wawersig
Schriftführerin